Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil politisches und Provinzielles Carl Wendemuth, Halle; für den übrigen Inhalt Ernst Wittmack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2,10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 19. **Halle, Freitag den 22. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Eine Weltaffäre.

Die Veröffentlichung des chiffrierten Telegramms, das der Schweizer Bundesrat Hoffmann an den in Petersburg weilenden Nationalrat Grimm gerichtet, hat sich schon zu einer Weltaffäre ausgewachsen.

Für die Welt außerhalb Deutschlands stellt sich der Fall folgendermaßen dar: Die deutsche Regierung, die sich bemüht, mit Rußland zu einem Sonderfrieden zu gelangen, hat den Sweizer Bundesrat Hoffmann, den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der helvetischen Republik, als ihr Werkzeug benutzt, und Hoffmann benutzte wiederum Grimm als das seine. Die Weststaaten betrachten jeden Versuch, Rußland zu einem Sonderfrieden zu bewegen, als eine

feindselige Handlung

gegen sie. Somit hätte sich der Bundesrat Hoffmann eine feindliche Handlung gegen England, Frankreich und Rußland zuschulden kommen lassen. Der gleiche Vorwurf, gegen die Interessen der Entente als ein „Agent des Kaisers" gehandelt zu haben, trifft den Schweizer Nationalrat Robert Grimm, einen Zimmerwalder und Leninisten, dem die deutschen „Unabhängigen" viel zu zahm sind.

Die nächsten Folgen waren, wie unsre Leser wissen, die: Hoffmann hat, um seinem Vaterland weitere Schwierigkeiten zu ersparen, seinen Abschied genommen. Die Zimmerwalder und Leninisten sind im Ententelager als „Agenten des Kaisers" kompromittiert.

Wir untersuchen hier nicht, ob die Darstellung des Falles Hoffmann-Grimm, wie sie von der Entente-Presse gegeben wird, richtig ist oder nicht. Wir glauben gern, daß Hoffmann nicht für Deutschland, sondern nur für den Frieden arbeiten wollte, den sein eignes Vaterland dringend braucht. Wir glauben ebenso gern, daß Nationalrat Grimm, der schon manche tragikomisch anmutenden Beweise seiner politischen Fähigkeiten gegeben hat, einfach hineingefallen ist, und daß er mit seiner weinerlichen Entschuldigung, er sei kein Agent des Kaisers, sondern ein ganz wahrer, ganz echter und ganz radikaler internationaler Sozialist, vollkommen recht hat. Aber helfen wird ihm das nicht viel.

Wir bedauern das Mißgeschick des Bundesrats Hoffmann, wünschen aufrichtig, daß der Schweiz keine weiteren Schwierigkeiten aus dieser Angelegenheit erwachsen mögen, aber in erster Linie interessiert uns doch die Politik der deutschen Regierung und die Wirkung, die dieser Zwischenfall auf die

Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie

haben könnte.

Und da muß gesagt werden, daß diese Wirkung nicht erfreulich ist. Es muß sogar hinzugefügt werden, daß die Politik der deutschen Reichsregierung, die ja nichts mit dem Falle Hoffmann zu tun hat, zum mindesten in den letzten Wochen alles eher denn eine Förderung der sozialdemokratischen Friedensarbeit bedeutet hat.

Nicht, daß die deutsche Regierung absichtlich und bewußt den Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie entgegengearbeitet hätte! Das hätte sich vielleicht noch besser ertragen lassen. Aber die deutsche Regierung hat neben der Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie ihre eigne getrieben, und diese eigne war in der Tat mitunter recht — eigen. Die Wege der deutschen Sozialdemokratie sind durch sie in empfindlicher Weise gekreuzt worden.

Zwischen der Friedenspolitik einer internationalen Partei, wie es die deutsche Sozialdemokratie ist, und jener einer nationalen Regierung müssen gewisse Unterschiede bestehen. Wenn eine internationale Partei, die nie etwas andres gewollt hat als den Frieden, unermüdlich und stetig für den Frieden arbeitet, so kann das ohne ärgites Uebelwollen nicht mißdeutet werden. Eine Regierung sollte sich unires Erachtens anders verhalten. Sie mag in Augenblicken von entscheidender Bedeutung klar und offen ihre Bereitschaft zum Frieden aussprechen und die Bedingungen nennen, unter denen sie Frieden zu schließen gewillt ist. Hat sie das getan, — dann verstehe sie zu schweigen! Was haben wir statt dessen aber in Wirklichkeit erlebt? Wir haben statt eines umfassenden und vollständigen Friedensangebots eine ganze Kette von halben, viertel und achtel Friedensangebötchen erlebt, und diese Kette will nicht abreißen.

Seit einiger Zeit ist Rußland das Ziel dieser andauernden offiziösen Friedensbestrebungen. Sie haben, wie jeder Einsichtige voraussehen konnte, ihr Ziel nicht erreicht, sie haben nicht genützt, sondern

nur geschadet.

Sie haben in Rußland die Ueberzeugung befestigt, daß Deutschland einen Separatfrieden nach dem Osten hin anstrebe, um dann einen uneingeschränkten Eroberungskrieg nach dem Westen führen zu können. Kommt dann noch der unglückselige Aberglaube hinzu, die deutsche Sozialdemokratie kämpfe nicht für ihre eignen Ziele, sondern für die Ziele einer imperialistischen Regierung, so wird durch dieses unausgesetzte Anbieten nach dem Osten hin auch die allgemeine Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie aufs schwerste kompromittiert.

Während nun im Osten die Gefahr eines deutschen Eroberungszugs nach dem Westen an die Wand gemalt wird, werden die westlichen Gegner Deutschlands immer mehr in der Ansicht bestärkt, daß Deutschland zu den verzweifeltsten Mitteln greife, um zum Frieden zu gelangen. Die Ansprüche der in Siegeshoffnungen schwelgenden Gegner werden dadurch nur noch gesteigert.

Die Entente bucht die Enthüllung dessen, was sie die deutsche Friedensintrige nennt, als einen großen Erfolg. Es ist ähnlich wie nach der Enthüllung des absonderlichen Bündnisangebots an Mexiko, dessen einziger Erfolg dieser war, die gegen Deutschland gerichtete Kriegsstimmung Amerikas gewaltig zu steigern.

Man mag den guten Willen und den nüchternen Verstand einzelner Personen der deutschen Regierung ohne weiteres anerkennen: vor der schmerzlichen Tatsache, daß die auswärtige Politik Deutschlands nicht erst seit heute, nicht erst seit gestern und nicht erst seit drei Jahren in ganz unzulänglicher Weise geführt wird, kann man nicht die Augen verschließen. —

Die österreichische Krise.

Der Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinic hat zur unmittelbaren Ursache den Beschluß des Polenklubs, dieser Regierung das Budgetprovisorium zu verweigern, es aber einer andern unter Umständen zu bewilligen. Ueber die Umstände, die den Polenklub bewegen könnten, seine oppositionelle Haltung aufzugeben, ist nichts Genaues bekannt. Ebensowenig wie das deutsche Zentrum, liebt es der österreichische Polenklub, mit offnen Karten zu spielen und von vornherein den Umfang der Zugeständnisse anzugeben, durch die er zu einer Aenderung seiner Haltung bewogen werden könnte.

Grundsätzlich verlangt der Polenklub die sofortige Vollziehung des Versprechens vom 5. November 1916

Galizien eine staatliche Sonderstellung

innerhalb des Reiches einzuräumen sowie die Bereitstellung eines sehr großen Betrags — man spricht von 4 bis 5 Milliarden — zum Wiederaufbau des durch den Russeneinfall schwer geschädigten Landes. Nebenbei gesagt ist auch dies ein Beitrag zum Kapitel der Kriegsentschädigungen. Von Rußland wird keine erwartet. Galizien kann die Mittel allein unmöglich aufbringen, so bleiben im Grunde genommen nur Wien und die Sudetenländer, die wirtschaftlich leistungsfähigen Reichsteile, die den Schaden zu tragen haben.

Die Regierung Clam-Martinec' konnte sich nicht dazu entschließen, ein letztes Wort über die künftige Stellung Galiziens zu sprechen, da das galizische Problem mit der

gesamtpolnischen Frage

in engstem Zusammenhang steht, deren Lösung noch vollständig in der Luft schwebt. Ebensowenig hat sie sich dazu entschließen können, die polnischen Entschädigungsansprüche in vollem Umfang anzuerkennen. Der Polenklub hat nun mit einem kühnen taktischen Griffe seine Rolle als Zünglein an der Wage auszunutzen versucht. Stimmt er gegen das Budgetprovisorium, dann bilden dessen Gegner, die deutschen Sozialdemokraten und die slawischen Parteien, die Mehrheit, das Budgetprovisorium fällt, und der Versuch, Oesterreich auf die Bahnen eines geordneten Verfassungslebens zurückzuleiten, wäre damit gescheitert.

Die Regierung Clam-Martinec' hat die Verantwortung für eine so katastrophale Wendung der österreichischen Politik nicht auf sich nehmen wollen und hat darum ihren Abschied eingereicht. Ob Graf Clam-Martinic mit einem rekonstruierten Kabinett wiederkehrt oder ob eine Erneuerung an Haupt und Gliedern erfolgen soll, steht noch nicht fest. Fest steht nur, daß für die Annahme des Budgetprovisoriums so rasch wie möglich, ja

noch in dieser Woche,

eine Mehrheit gebildet werden muß, wenn das kaum erst wieder erwachte Parlamentsleben nicht wiederum in den Todesschlaf versinken soll. Das aber wäre ein Ausgang, den Oesterreich und seine Völker einfach nicht mehr ertragen könnten. Das Parlament muß lebensfähig bleiben, und für das Budgetprovisorium muß eine Mehrheit aufgebracht werden. Die Lebensnotwendigkeit des Staates verlangt es.

Wenn unter solchen Umständen ein gewisser Teil des deutschen Presse ein wildes Geschimpfe über die österreichischen Slawen im allgemeinen und über die Polen im besondern erhebt, so ist das das Törichtste, was man tun kann. Man tut besser, wenn man die österreichischen Zustände und die Stimmungen der slawischen Völker Oesterreichs zu begreifen versucht. Die Slawen Oesterreichs haben in diesen Kriegsjahren ein voll gerüttelt Maß der Leiden zu tragen gehabt, und ihre Stimmungen haben wiederholt zwischen den schwärzesten Befürchtungen und den rosigsten Hoffnungen heftig geschwankt. Jetzt hat ihnen die Gesamtlage der Welt, die russische Revolution und der — wenigstens theoretisch — allgemein anerkannte Grundsatz des

Selbstbestimmungsrechts der Völker

zu neuem Kraftbewußtsein verholfen. Eine deutsch-zentralistische Politik gegen sie würde zwar den Gefühlen des bürgerlichen Deutschtums entsprechen, ist aber vollkommen undurchführbar, so daß auch hier das Wort gelten muß: Wenn man nicht überwältigen kann, muß man sich verständigen.

Es wird die Aufgabe der neu zu bildenden österreichischen Regierung sein, diese Verständigung mit dem Slawentum zu suchen. Damit ist nicht gesagt, daß die Verständigung zugleich mit allen slawischen Völkern erfolgen müßte. Das polnische, das tschechische und das südslawische Problem können als voneinander getrennte Gebiete behandelt werden. Ein allslawisches Solidaritätsinteresse in Oesterreich gibt es nicht. Die Tschechen denken nur mit Unbehagen an eine staatliche Sonderstellung Galiziens, die den zahlenmäßigen Einfluß des Slawentums im Reichsrat, und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0001

damit auch den tschechischen Einfluß verringern würde. Auch davon, daß sie die Lasten des Wiederaufbaues von Galizien zu erheblichen Teilen tragen sollen, sind sie nichts weniger als begeistert.

Es wäre also ganz gut zu denken, daß die neue Regierung die Verständigung nicht bei den Polen, oder wenigstens bei ihnen nicht in erster Reihe, sondern mit andern slawischen Völkern suchen könnte. Die

deutsch-tschechische Frage

ist das österreichische Kernproblem: Von seiner Lösung hängt alles übrige ab.

Hier aber hat die Regierung Clam-Martinic vollständig versagt. Sie hat mit einigen allgemeinen Redewendungen begnügt und nicht den Ehrgeiz gezeigt, die Führung einer Politik zu übernehmen, die auf eine Verständigung zwischen den beiden Hauptvölkern Oesterreichs gerichtet ist. Darum steht sie den Ansprüchen der Polen wehrlos gegenüber, und muß schon aus dem Beschluß des Polenklubs, ohne erst eine Abstimmung vom Parlament abzuwarten, die Konsequenzen ziehen.

Daß die neue Regierung Oesterreichs eine glücklichere Hand zeige, fordert nicht bloß das Interesse Oesterreichs, sondern auch

das Interesse Deutschlands.

Für Deutschland ist es verhältnismäßig gleichgültig, ob in Koritschan und Komotau deutsche oder tschechische Gemeinderats-Mehrheiten regieren und ob die Akten, die von Leitmeritz nach Prag und zurückgehen, deutsch oder tschechisch geschrieben sind. Deutschland hat aber das stärkste Interesse daran, daß Oesterreich jetzt als Ganzes seine Lebensfähigkeit beweist und damit die utopischen Pläne zur Lösung der österreichischen Frage, die im Entente-Lager gesponnen werden, außer Kurs setzt. Oesterreichische Wirren wirken kriegsverlängernd. Oesterreichs Neuordnung bedeutet einen wichtigen Schritt zum Frieden.

Was der Krieg bringt.

Offensive in Tirol.

Der Wiener Generalstab meldet am 20. d. M. den Beginn italienischer Infanterieangriffe:

„Nach 24stündiger Artillerievorbereitung setzte Dienstag früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel, im Bereich des Monte Forne und des Grenzkammes mit größtem Kraftaufgebot geführt wird. Unsre Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in siegreicher Abwehr zum Scheitern. Ein örtlicher Erfolg, der dem Italiener im Gebiet der Cima Dieci einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder wettgemacht. Am Isonzo nichts von Belang."

* * *

Vor Flanderns Küste.

Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni früh drei feindliche Flugzeuge von den deutschen Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Dünkirchen ein englisches Torpedomotorboot von unsern Vorpostenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangengenommen. —

* * *

Kein Sonderfriede.

Auf der Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte legte der sozialistische Minister Tseretelli über die Politik der Regierung Rechenschaft ab und erklärte nach dem Tlegraphenbureau der Regierung:

Auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen wünschen wir den Abschluß eines neuen Vertrags zu betreiben, in dem die von der russischen Demokratie verkündeten Grundsätze als Grundlage der internationalen Politik der Alliierten anerkannt werden. Wir wenden alle Mittel an, damit unser Programm für alle alliierten Regierungen annehmbar sei, um den Bruch mit den Alliierten zu vermeiden. Wir sind der Ansicht, daß das schlechteste Ergebnis unsers Kampfes für den Weltfrieden ein Sonderfriede mit Deutschland sein würde, der die Ergebnisse der russischen Revolution zerstören und der Sache der internationalen Demokratie verderblich sein würde. Ein Sonderfriede ist in der Tat unmöglich. Ein solcher Friede würde Rußland in einen neuen Krieg auf seiten der deutschen Koalition hineinziehen. Das hieße aus einem Bund austreten, um in einen andern einzutreten.

Der Minister teilte der Versammlung die Schritte mit, die die russische Regierung zur Herbeiführung einer interalliierten Zusammenkunft getan habe. Diese Zusammenkunft solle der Nachprüfung der Verträge dienen, mit Ausnahme jedoch des Londoner Abkommens, durch das die Alliierten sich verpflichten, keinen Sonderfrieden zu schließen. —

* * *

Was Frankreich haben will.

Die sozialdemokratische „Berner Tagwacht" berichtet über die jüngste Geheimsitzung in der französischen Kammer, diese unter anderm auch die Erörterung der französischen Kriegsziele und die Forderung der russischen Regierung, diese für alle Verbandsmächte einer Nachprüfung zu unterziehen, zum Gegenstand hatte. Ribot hat nach obiger Quelle in dieser Geheimsitzung folgendes mitgeteilt:

In einer Note, die Doumergue, der Kolonialminister im Kabinett Briand, im Januar dieses Jahres nach Petersburg gebracht hat, nachdem sie vorher zur Kenntnis der englischen Regierung gebracht worden war, seien die Kriegsforderungen der russischen Regierung mitgeteilt worden. Auf Grund dieser Note sei dann im Februar d. J. ein geheimes Abkommen zwischen der russischen und der französischen Regierung abgeschlossen worden, in dem Frankreich folgende Zusicherungen erteilt wurden:

1. Frankreich erhält Elsaß-Lothringen zurück mit den Grenzen von 1790.
2. Frankreich erhält das Saargebiet.
3. Bezüglich der Rheinprovinz erhält Frankreich eine Art Vorzugsrecht, wonach es über diejenigen Teile der Provinz, die es braucht, verfügen kann. Aus dem Reste der Provinz aber soll in irgendeiner Form ein Pufferstaat gebildet werden.
4. Frankreich erhält Syrien.

Die neue russische Regierung, das heißt der Sowiet, der Arbeiter- und Soldatenrat, verlangt eine Revision dieser Verträge neben ihrer Veröffentlichung. Vorläufig ist weder an das eine noch an das andre zu denken. —

Der internationale Kongreß.

Die ungarische sozialdemokratische Partei erhielt durch Stockholmer Vermittlung folgende Depesche:

„Im Auftrag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats teile ich Ihnen mit, daß der Rat in der Sitzung vom 2. Juni beschlossen hat, für die Zeit vom 28. Juni bis 8. Juli eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen unter Vorsitz Scheidifes."

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt im sozialdemokratischen „Het Volk" in Amsterdam vor. Danach ist in Stockholm ein Telegramm Tscheidifes eingetroffen mit der Erklärung, der Arbeiter- und Soldatenrat habe in seiner Sitzung vom 2. Juni beschlossen, die internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm in der Zeit zwischen dem 28. Juni und 8. Juli abzuhalten.

Der dänische sozialistische Minister Stauning, der für Montag und Dienstag wiederum nach Stockholm berufen war, verhandelte dort mit zwei englischen Arbeitervertretern als vorläufigen Abgeordneten; ferner mit russischen Parteigenossen sowie mit Branting und Thomas gemeinsam. Er sieht angeblich die Stockholmer Konferenz nunmehr als gesichert an. „Die Engländer werden kommen, die Franzosen sicherlich auch. Man lasse sich nur nicht durch die chauvinistische Presse aller kriegführenden Länder verwirren. Diese Presse beginnt die Macht über die Massen zu verlieren." Hoffentlich werden Staunings Aeußerungen richtig wiedergegeben. —

* * *

Ihr Selbstbestimmungsrecht.

Das französische Gewerkschaftsblatt „Bataille" schreibt unter der Ueberschrift „Der Himmel hellt sich auf", wie folgt:

Wir wollen alle die, die bezweifeln möchten, daß die Note des Präsidenten Wilson einen sehr starken Einfluß auf die Entscheidung Rußlands haben wird, darauf aufmerksam machen, daß durch ihren ungeheuern Reichtum die Vereinigten Staaten sozusagen das Schicksal des befreiten Rußlands in der Hand haben. Keine Revolution kann unter den heutigen Verhältnissen sich behaupten, wenn die neue Regierung, deren Lebensrecht und Ursprung gerade in den von der frühern Regierung begangenen wirtschaftlichen Fehlern liegt, nicht über einen beträchtlichen Kredit bei seinen Nachbarn verfügt. So stehen auch in den nächsten Monaten der russischen Regierung so schwere wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten bevor, daß nur die Unterstützung der Vereinigten Staaten den russischen Genossen ermöglichen wird, sie zu überwinden und ihre freiheitliche Verfassung zu behaupten. Haben wir also Mut, haben wir Vertrauen in die Zukunft der Völker.

Die russische Freiheit soll also nur darin bestehen, daß das Volk sich für die amerikanischen Milliardäre darf hinschlachten lassen. —

* * *

Die Hoffnung auf Amerika.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Wilson und nur er allein die ausschließliche Verantwortung für die Verlängerung des sinnlosen Völkermordens trägt, so würden ihn jetzt die Organe der öffentlichen Meinung in Frankreich erbringen: sie klammern sich mit einer an die Verzweiflung grenzenden Furcht vor dem schreckensvollen Ende ihrer Hoffnungen an den Balken, den ihnen der Verfechter englischer Interessen mit der Vorspiegelung unmittelbarer Rettungsaktionen hinüberreicht. Ohne Wilson würden heute in Frankreich selbst die wütendsten Chauvinisten dem Frieden keine Hindernisse mehr in den Weg legen. Denn das Heer hat es satt, sich fernerhin auf die Schlachtbank führen zu lassen, und das verzweiflungsvolle Volk lebt nur noch von der Hoffnung auf Amerika.

Aus den von der Zensur zerrissenen Artikeln von „Bonnet Rouge", „Heure", „Journal du Peuple", „Bataille" geht unzweideutig hervor, daß an der französischen Front die Forderung gestellt und im Parlament ausgiebig besprochen worden ist, die mörderische Offensive nicht eher wieder aufzunehmen, als bis Amerika seine Versprechungen wahr gemacht hätte. Den genannten Blättern ist alles gestrichen worden, was Licht über die Vorgänge in den „Geheimsitzungen" von Kammer und Senat breiten könnte. Dagegen gewährt der geschwätzige Hervé am 11. und 12. Juni einige Durchblicke und Einblicke, wenn er von „Wilson oder dem guten Gendarmen", von den „hirnlosen Kerlen von Petersburg, diesen Elenden", den berühmten „10 Millionen Soldaten Amerikas" spricht, die der „New York Herald" vorgerechnet hat, und wenn er seinen Mitarbeiter Lichtenberger sagen läßt:

„Wenn der Krieg noch einige Monate länger dauern wird, dann werden wir seine Last immer weniger schwer empfinden aus Gründen, die noch ans Tageslicht kommen werden. Wenn es Lenin und seinen Freunden gelänge, den Kaiser zu retten, dann kann das zweifellos nur für kurze Zeit sein. Die amerikanische Kriegsmaschine ist im Begriff, sich dreimal schneller und dreimal gewaltiger als die britische zu bewegen. Vor dem nächsten Herbste wird es bei uns auf dem Plan erscheinen. Schon jetzt schwankt Deutschland blutig hin und her, wo nur der Brite mit dem Hammer losschlägt. Wie soll es da erst aushalten, wenn Franzosen, Engländer und Amerikaner zusammen methodisch drauflos schlagen werden?"

Lichtenberger klammert sich trotzdem an die Hoffnung, daß Deutschland nicht erst bis zum Herbste warten, sondern schon vorher kapitulieren werde. So schwer ist es, die Franzosen bis zum Herbste zu vertrösten. Hervé selber sagt es, wenn er am 11. schreibt:

„Nicht nur an der Front müssen Leute, die feste Nerven, klaren Kopf und das Herz am rechten Fleck haben, ihre Rolle als Wächter der Moral ausüben, sondern auch hinter der Front. Diese Fülle von Torheiten, die man seit 35 Kriegsmonaten zu hören bekommt, geht über jeden Begriff. Das Stärkste dieser Art lieferte eine prächtige Frau, die durch die Länge des Krieges schon nervös geworden und auch durch die regelmäßigen Besuche ihres an der Front stehenden Gatten nicht zur Vernunft gekommen ist. Diese Frau erklärte in ihrer Wut: „Jetzt kann es uns schon ganz gleichgültig sein, ob wir Franzosen oder Deutsche sind." Als ich das meinen Freunden erzählte, sagten sie, ähnliche Schauerdinge hören sie jeden Tag wohl mehr als zehnmal."

Man solle doch Geduld haben: „Italien ist zu uns wegen der Marneschlacht gekommen, Amerika kommt wegen — Verdun!"

Amerika hat die meisten Milliarden, die größten Maschinen, die reichsten Bergwerke. Amerika macht alles, auch die größten Schlachten und Siege. Habt Geduld!

So predigt Senator Bérenger im „Matin". Immer Amerika als die letzte Hoffnung. Haltet durch, bis Amerika uns hilft! —

* * *

Die Not der Kriegsbeschädigten.

Der von uns schon kritisierte Aufruf, den der Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge am 17. Juni erlassen hat, wirft einen grellen Streifen Lichtes in das Dunkel des Elends, das der Weltkrieg geschaffen hat. Für die Kriegsbeschädigten soll gesammelt werden, und die Notwendigkeit dieser Sammeltätigkeit wird in einleuchtender Weise begründet. Eine in der Rheinprovinz aufgenommene Statistik hat ergeben, daß auf jede Familie eines völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten ein monatlicher Rentenbetrag von 67,80 Mark entfällt, auf jeden Kopf der Familie 15,70 Mark monatlich.

Gewiß wird in vielen Fällen das Gesamteinkommen der Familie durch die Erwerbsarbeit einzelner Familienmitglieder erhöht werden. Wäre das nicht der Fall, so wäre das Massenelend, das sich aus solchen Zuständen ergäbe, einfach unausdenkbar. Trotzdem wird man auch mit Fällen rechnen müssen, in denen ein Kriegsbeschädigter oder gar seiner ganzen Familie wirklich kein höheres Monatseinkommen als die besagten 67,80 Mark zukommt.

Das stelle man sich einmal vor!

Ein Mann hat vor dem Krieg im Vertrauen auf seine gesunden Glieder eine Familie gegründet, da kam der Krieg und schlug ihn zum völlig erwerbsunfähigen Krüppel. Nun sitzt er, der sich den Dank des Vaterlandes verdient hat und dessen Brust wohl das schwarzweiße Band des Eisernen Kreuzes ziert, hungernd inmitten einer hungernden Familie. 67,80 Mark monatlich in dieser Zeit!

Jetzt soll gesammelt werden. Kein Mensch, der ein Herz im Leibe hat, wird einer solchen Sammlung widersprechen. Aber darf man sich darüber täuschen, daß das Ergebnis dieser Sammlung nichts andres sein wird als ein Tropfen auf einen heißen Stein?

Die Renten müssen hinauf! Der Aufruf des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge spricht das aus, aber er fügt vorsichtig hinzu, wann und in welchem Umfang diese Erhöhung stattfinden werde, stehe noch in keiner Weise fest.

Diese negative Feststellung ist eine Anklage gegen die Reichsleitung, gegen die Reichsgesetzgebung, ja gegen das ganze deutsche Volk. Hier einzugreifen, sofort und gründlich einzugreifen, ist nichts als

verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

Den Kriegsbeschädigten muß geholfen werden — und müßte deswegen den Kriegsgewinnern alles konfisziert werden, was sie an Millionen und aber Millionen in diesen 3 Jahren des Elends für alle Welt, das nie versiegenden Segens für sie, gewonnen haben!

Die Gesetzgebung muß von dem Grundsatz ausgehen, daß die Kriegsbeschädigten nicht nur auf Fürsorge, sondern auf Entschädigung Anspruch haben, auf eine Entschädigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0002

die dem wirtschaftlichen Schaden entspricht, den sie durch ihre Verstümmelung erlitten.

Wenn dem Bauern eine Kuh beschlagnahmt wird, so wird ihm reichlich der Betrag gezahlt, den die Kuh bei den heutigen Teurungsverhältnissen wert ist. Wenn eine Kriegsgesellschaft ein Hotel mietet, so zahlt sie dem Besitzer als Miete den vollen Betrag, den ihm das Hotel bei freier Benutzung im allergünstigsten Fall eingetragen hätte. Wenn jemand dem Staate 100 000 Mark leiht, so verpflichtet sich der Staat, diese 100 000 Mark zurückzuzahlen und zahlt bis dahin 5000 Mark im Jahre Zinsen.

Wenn der Staat einem Menschen dasjenige nimmt, was er ihm

nie wieder zurückgeben,

wofür er ihn nie voll entschädigen kann; das Augenlicht, Arme und Beine, Muskel- und Nervenkraft; wenn er ihn unwiderruflich und für alle Zeit nimmt, was mit dem Besitz körperlicher Vollkraft und Gesundheit an unwägbaren Glücksgütern verbunden ist, soll er da diesem Unglücklichen nicht wenigstens den vollen wirtschaftlichen Schaden ersetzen, den er durch sein Opfer für das Vaterland erlitten hat?

Die Finanzminister werden mit dem Bleistift in der Hand kommen und sagen, daß das nicht geht. Hier aber muß das Unmögliche möglich gemacht werden. Sprechen wir es offen aus: Wenn 67,80 Mark dasjenige sind, was einem Kriegskrüppel als Höchstmaß seines Rechtes an das Leben zusteht, dann hat kein Mensch das Recht, mehr als diese 67,80 Mark im Monat zu verdienen, dann haben am allerwenigsten einzelne das Recht, ein Einkommen von Zehntausenden, Hunderttausenden, ja Millionen aus Kriegsgewinnen zu ziehen!

Am 5. Juli tritt der Reichstag wieder zusammen, um neue Kredite zur Fortführung der Landesverteidigung zu bewilligen. Er wird nicht auseinandergehen dürfen, ohne daß er zuvor für die Opfer des Krieges in ausreichender Weise gesorgt hätte.

Möge man sich darüber nicht täuschen, daß

diesmal alle Sparversuche ergebnislos

sein werden. Wir schreiben nicht mehr 1870, sondern heute hat man es mit einer Volksmasse zu tun, die sich ihrer sozialen Rechte und Pflichten bewußt geworden ist. Diesmal erleben wir einen Volkskrieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, Millionen werden, sobald sie die feldgraue Tracht abgelegt haben, als freie Staatsbürger nach Hause zurückkehren, und sie alle, auch die Glücklicheren, denen der Krieg ihre gesunden Glieder gelassen hat, werden sich mit ihren verstümmelten Kameraden solidarisch fühlen. Ansprüche, die so tief sittlich begründet sind wie diese und die von so ungeheuern Massen vertreten werden wie diese, können und werden nicht unbefriedigt bleiben. —

* * *

Ein Beitrag zur Volksernährung.

Im Verbandsorgan der Buchdrucker, dem Korrespondent, geißelt ein Feldgrauer ein Vorkommnis wie folgt:

Ich klage an!

Herr Staatsanwalt! In Nr. 236 des Berliner Tageblatts, und zwar im vierten Beiblatt, dritte Seite, ist folgende Anzeige zu lesen: „Wichtig für Trocknereien. Wer übernimmt käuflich in Verderb liegende Lebensmittel waggonweise zur Trocknung? Rubow, Berlin, Waldstraße 16."

Herr Staatsanwalt! In der Presse, im Hauptausschuß des Reichstags und im Reichsparlament selbst hat eine rege Diskussion über die Ursachen und den Charakter des Streikes der Berliner Munitionsarbeiter stattgefunden — dunkle Mächte waren daran, aus dieser aus ernährungswirtschaftlichen Mißständen entstandenen Bewegung politisches Kapital herauszuschlagen —, da werden „in Verderb liegende Lebensmittel waggonweise zur Trocknung" öffentlich zum Kauf angeboten!

Herr Staatsanwalt! In heutiger Zeit, in der Millionen sich die allergrößten Entbehrungen in ihrer Ernährung zum Schaden ihrer Gesundheit auferlegen müssen, die eindringlichsten Ermahnungen zum Durchhalten von oben herab über sich ergehen lassen müssen, in der unser grimmigster Feind England den Hungerkrieg gegen uns rücksichtslos durchführt — kann und darf es da straflos geschehen, daß waggonweise Lebensmittel verderben und der Volksernährung entzogen werden? Gibt es keinen Paragraphen im Strafgesetzbuch als Handhabe zu allerschärfster, rücksichtslosester Ahndung solcher geradezu verbrecherischen Geschäftspraktiken? Hier ist keine Entschuldigung zulässig, und keine mildernden Umstände können zugebilligt werden, sondern die ganze Schwere des Strafgesetzes muß die Säumigen und Schuldigen treffen. Sie, die unsern Feinden in ihren teuflischen Plänen solchermaßen Helfersdienste erweisen, wie sie sich unsre Gegner gar nicht besser wünschen können.

Was sagt das Kriegsernährungsamt dazu?

Herr Staatsanwalt! Ich klage an!" —

* * *

Auch eine Wirkung.

Die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz" berichtet:

In der letzten Zeit haben sich die Verkäufe von landwirtschaftlichem Grundbesitz, und zwar sowohl von Rittergütern als auch von mittleren und kleineren Besitzungen erheblich vermehrt. Die Ursachen dieses stärkeren Besitzwechsels scheinen teilweise in Einwirkungen von gewerbsmäßigen Güteraufkäufern zu liegen. An die Stelle der bisherigen Landwirte treten meist Industrielle, Industriegesellschaften und auch Personen, die den Besitz nur zu Spekulationszwecken erwerben.

Nichts kann besser die Prosperität der Landwirtschaft bei den herrschenden Kriegspreisen beweisen, als dieses spekulative Drängen zum Erwerb von Grundbesitz. Es kommt darin aber auch die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Preise nach dem Kriege nicht wesentlich fallen. Man kann sich demnach künftig auf scharfe Kämpfe um die Preisgestaltung der Agrarprodukte gefaßt machen. —

* * *

Notizen.

Deutschfeindliche Kundgebungen in der Westschweiz. Das Schweizerische Depeschenbureau meldet: Am Dienstag abend beschloß eine Volksversammlung in Genf von ungefähr 15 000 Personen, eine Versammlung des Bundesrats zu verlangen, um Kommissare einzusetzen, welche die Verantwortlichkeit in der Angelegenheit Hoffmann (siehe heutigen Leitartikel. Red.) feststellen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Danach jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebenden vor das deutsche Generalkonsulat und versuchten, das Konsulatsschild herunterzureißen. Die Polizei schritt ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebenden gingen dann vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten langten in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andre Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen zogen blank, luden die Waffen und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind leicht verletzt, 18 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren verhaftet worden. —

*

Mecklenburgisches Wahlrecht. Drei Tage lang hat in Schwerin eine Vorbesprechung der Verfassungsreform für Mecklenburg stattgefunden. Entsprechend der Zusammensetzung der Teilnehmer trat bei der Besprechung des Wahlrechts eine größere Anzahl Teilnehmer für ein allgemeines, aber abgestuftes und berufsständisches Wahlrecht ein, eine weitere Anzahl für ein gleiches und geheimes Wahlrecht mit Pluralwahl, und nur eine Minderzahl für eine Reform auf Grund des Reichstagswahlrechts. Die Mehrheit war für die Einführung der geheimen Wahl. Rundweg abgelehnt wurde dagegen ein Proportionalwahlrecht. Die mecklenburgische Regierung ist mit dem Ergebnis dieser Konferenz zufrieden. Sie zeigt damit, daß sie eine Verfassungsreform, wie sie von der Mehrheit der mecklenburgischen Staatsbürger gewünscht wird, nicht durchführen will.

*

Parlamentskonflikt in Sachsen. Im Verfassungsausschuß erklärte die sächsische Regierung, sie lehne die Umwandlung des Verfassungsausschusses in eine sogenannte Zwischendeputation ab. Dadurch würde es dem Ausschuß nach der Vertagung des Landtags, die Anfang Juli eintritt, unmöglich gemacht werden, seine Arbeiten fortzusetzen. Ein Konflikt wäre alsdann unvermeidlich. Der Ausschuß beschloß mit zwölf gegen drei konservative Stimmen, die Umwandlung zu verlangen. Im übrigen wurden verschiedene Anträge auf Reform der Ersten Kammer gestellt, durch die die Rechte dieser Kammer eingeschränkt, verschiedene Sitze aufgehoben und neue Sitze geschaffen werden sollen. —

*

189 000 Mark Geldstrafe. Das Baireuther Landgericht hat wegen Malzschieberei den Malzfabrikanten und Brauereibesitzer Leonhard Schübel in Stadtleinach zu einer Geldstrafe von 53 000 Mark, seinen Bruder Wilhelm, Brauereibesitzer, zu 66 000 Mark, den Brauereibesitzer Georg Pils in Weißmain zu einer Geldstrafe von 70 000 Mark verurteilt. Die beiden Schübel hatten einen übermäßigen Gewinn von über 64 000 Mark, Pils einen solchen von über 40 000 Mark erzielt. —

*

Konstantin wird ausgepfiffen. Der abgesetzte Griechenkönig ist mit seiner Familie in Lugano, der schweizerischen Grenzstadt gegen Italien, eingetroffen. Am Tage nach seiner Ankunft ist schon eine Demonstration gegen ihn veranstaltet worden. Konstantin mußte in ein Café flüchten und wurde von dort durch den Präfekten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Polizeibeamten in sein Hotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden. So hat die Schweiz an einem Abend zwei Kundgebungen des Kriegshasses zu buchen. —

*

Abgestürzt. Nach dem Pariser „New York Herald" ist der Führer der ersten Flugstaffel der Vereinigten Staaten Woodworth am letzten Freitag mit einem Beobachter tödlich abgestürzt. —

*

Frauenwahlrecht in England. Bei der Fortsetzung der Beratungen über die Wahlrechtsvorlage genehmigte das Unterhaus den Grundsatz des Frauenwahlrechts mit 385 gegen 55 Stimmen. Damit ist aber das Frauenwahlrecht noch nicht eingeführt. Es ist nur die Aussicht geschaffen, daß es mal kommen kann. —

* * *

Depeschen.

31500 Tonnen.

W. T. B. Berlin, 21. Juni. Neue U-Boot-Erfolge im Englischen Kanal: 31 500 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische, tiefbeladene, früher deutsche Dampfer „Wega", ein beladener englischer Dampfer, von Größe und Aussehen des „Knight Companion" (7241 To.), ein italienischer bewaffneter Dampfer mit 4000 Tonnen Kohlen, der französische Segler „Vigoureuse" mit einer Ladung Eisenerz nach England, ferner ein großer unbekannter bewaffneter Dampfer, ein Oeldampfer von mindestens 5000 Br.-Reg.-To. und zwei große tiefbeladene Dampfer mit Kurs auf Le Havre, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Kosaken tagen.

W. T. B. Petersburg, 21. Juni. (Petersburger Telegraphenagentur.) Hier ist ein Kongreß von Kosakenvertretern zusammengetreten, der sich mit der Haltung der Kosaken zur einstweiligen Regierung, zur verfassunggebenden Versammlung, zum Kriege und zu andern Fragen befassen soll. —

*

Der Wahrheit eine Gasse.

W. T. B. Stockholm, 21. Juni. (Svenska Telegrambyran.) Die Abteilung für internationale Beziehungen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats wird ab 22. Juni in Stockholm Berichte mit authentischen Telegrammen des Rates in deutscher, französischer und englischer Sprache herausgeben. —

*

Die französische Orientarmee.

W. T. B. Bern, 21. Juni. Die französische Kammer erörterte gestern die Frage des Urlaubs in der Orientarmee. Der Abgeordnete Renoult fragte den Kriegsminister, wie es sich mit der Ablösung der Truppen der Orientarmee verhalte, die seit 34 Monaten keinen Urlaub erhalten hätten. Renoult schlug vor, einen Teil der Orienttruppen durch Schwarze zu ersetzen. Kriegsminister Painlevé erwiderte, die Ablösung sei wegen der Transportschwierigkeiten verzögert worden. Wenn die Orientarmee auch nur einen Achtungserfolg davongetragen habe, so habe sie ihr Ziel doch erreicht. Man werde 45 000 Mann ablösen, jedoch nur 6000 monatlich zurückkehren können, da nur der Verbindungsweg Patras—Santi Quaranta frei sei. —

*

Unbequeme Griechen.

W. T. B. Athen, 20. Juni. (Havas.) Das Ministerium des Innern veröffentlichte am 18. Juni eine Liste der aus Griechenland ausgewiesenen Persönlichkeiten. Diese enthält 30 Namen, darunter Gunaris, Streit, Merkuris, Dusmanis, Metaxas, Eßlin und Sanas, der Führer des Reservistenverbandes, sowie seinen Sohn. Die Ausgewiesenen, die in Athen wohnen, haben drei Tage Zeit, ihre Abreise vorzubereiten, die in der Provinz Wohnenden acht Tage. Unter 103 unter Aufsicht gestellten Personen befinden sich Dragumis, Studulis, Lambros sowie Tsellos, der Minister des Innern im Kabinett Lambros war, ferner Ruffis, Canajaris, Oberst Stratigos, der Chef des Generalstabs und mehrere Generalstabsoffiziere Hasopulos, Anastasorulos und Gerulan. Dieser, der Hofarzt des Königs war sowie seine Frau, zwei Bischöfe und eine gewisse Anzahl von Offizieren aller Grade werden sämtlich überwacht, müssen Athen verlassen und werden an Orte gebracht, wo es ihnen unmöglich sein wird, zu fliehen. —

Erdstoß in Württemberg.

W. T. B. Stuttgart, 21. Juni. Heute nacht 1.10 Uhr wurde hier ein heftiger Erdstoß verspürt. Darauf erhob sich ein gewaltiger Sturm, der die Einwohner aus dem Schlafe weckte. Am Bodensee wr, wie aus Radolfzell und Konstanz berichtet wird, der Stoß in Richtung West—Ost so stark, daß die Gegenstände in den Zimmern ins Wanken gerieten. In Heidenheim, Ellwangen und Ulm wurde ein dreifacher Stoß wahrgenommen. In Konstanz dauerte das Beben 8 bis 4 Sekunden, war von einem starken unterirdischen Rollen begleitet und bewegte sich in Richtung von Südost nach Nordwest. Die Hausbewohner eilten erschreckt durch die starke, wellenförmige Bewegung, zum Teil auf die Straße. Ein Unfall ist nicht bekannt geworden. Das Beben war merklich milder als das vom 16. November 1911. —

* * *

Deutscher Sturmangriff.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 21. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und im Artois war erst abends bei besserer Sicht der Artilleriekampf auf breiterer Front lebhaft; er hielt stellenweise auch nach Dunkelwerden an.

Nahe der Küste wurden durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht.

Bei Hooge, östlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungsvorstöße abgewiesen worden; auch bei Vermelles und Loos schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Laugricourt, nordöstlich von Soissons, stürmten gestern nach kurzer, starker Minenfeuer-Vorbereitung Kompanien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern und Braunschweigern bestehender Regimenter die französische Stellung in 1500 Metern Breite. Der durch bewährte Sturmtruppe, Artillerie und Flieger gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie erfolgte für den Gegner völlig überraschend: einzelne Stoßtruppen drangen durch die Annäherungswege bis zu den Reserven vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer; über 160 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückgebracht; einige Minenwerfer gesprengt.

In den gewonnenen Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewiesen worden.

Mit starkem Wirkungsfeuer bereitete der Feind nordwestlich des Gehöfts Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserm Vernichtungsfeuer unterblieb.

Auf dem westlichen Snippes-Ufer war abends die Feuertätigkeit sehr lebhaft.

In der Ost-Champagne und am Westhang der Argonnen holten unsre Stoßtrupps mehrere Gefangene aus den französischen Linien.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Luzk, an der Zlota Lipa, Narajowka und südlich des Dnjestr war die russische Artillerie uni entsprechend die unsre tätiger als in letzter Zeit. Streifabteilungen der Russen wurden an mehreren Stellen verjagt.

Mazedonische Front

In der Strumaniederung endeten Gefechte bulgarischer Posten mit englischen Kompanien und Schwadronen mit Zurückgehen des Gegners.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0003

Kleine Chronik.

Todessturz aus einem Eisenbahnzug.

Am Dienstag morgen gegen ½8 Uhr wurde von einem Bahnwärter zwischen den Gleisen der von Fürstenwalde nach Frankfurt a. d. O. führenden Linie der Staatsbahn die schrecklich verstümmelte Leiche eines jungen Mannes gefunden. Wie später aus vorgefundenen Papieren festgestellt wurde, ist der Tote mit einem gewissen Erich Zicoll aus Bobrek in Schlesien identisch. Der junge Mann, der einen Schnellzug nach Berlin benutzt hatte, hat vermutlich auf der Plattform eines Eisenbahnwagens gestanden und ist dann bei einer Kurve vom Wagen gestürzt. —

Von seinen Spielkameraden ertränkt.

Auf eine tragische Weise ist der 4½ Jahre alte Sohn Wilhelm des Photographen Tuber zu Neukölln ums Leben gekommen. Der Kleine war mit andern Knaben nach dem Neuköllner Schiffahrtskanal gegangen, um dort zu spielen und kehrte nicht wieder zurück. Ein Kind berichtete nun, die Spielkameraden hätten ihn ins Wasser gestoßen und untergehen lassen; dann seien sie davongelaufen. —

Im Schornstein erstickt.

In Berlin ist im Hause Händelstraße 5 der Schornsteinfegerlehrling Alois Nagli beim Kehren eines Schornsteins ohnmächtig geworden. Als man ihn vermißte, wurde die Feuerwehr herbeigerufen, die ihn schon leblos aus dem Schornstein herausholte. Alle Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos. Ein Arzt stellte den bereits eingetretenen Tod durch Einatmen von Kohlenoxydgas fest. —

Ein Familiendrama.

Am Dienstag abend geriet in Frankfurt der 48jährige Eisenbahnschaffner Georg Kunkel mit seinem 21jährigen Sohn in Streitigkeiten, in deren Verlauf der Sohn den Vater erschlug. Nach der Darstellung des Polizeiberichts hatte der Vater die Mutter, seine zweite Ehefrau, nach einem Wortwechsel mißhandelt und mit dem Schusteramboß, einem Dreifuß, bedroht. Der Sohn stellte sich der Polizei. Er gibt an, er sei von dem Vater selber angegriffen worden und habe ihm den Amboß entrissen. Der Tod des Vaters trat auf der Stelle ein. —

Zum Tode verurteilt.

Das Schwurgericht in Stolp verurteilte die Arbeiterfrau Marie Lawrenz wegen Mordes an ihrem Manne zum Tode. —

Großfeuer in Groß-Schönau.

In dem Dorfe Groß-Schönau brach, einem Telegramm aus Augsburg zufolge, Großfeuer aus, das in kurzer Zeit zwölf Bauernanwesen mit sämtlichen Nebengebäuden einäscherte. Nur die Kirche und der Pfarrhof konnte mit großer Mühe gerettet werden. Der Schaden beträgt viele hunderttausend Mark. Viel Vieh ist verbrannt. —

Ein ganzes Dorf niedergebrannt.

Die an der Sprachgrenze gelegene deutsche Gemeinde Großborowitz in Böhmen ist vollständig abgebrannt. —

Die automatische Bedienung bei Tisch.

Die Automatenrestaurants haben sich in Deutschland längst eingebürgert, wenn auch ihre Blütezeit einigermaßen vorüber zu sein scheint. Immerhin haben sich in den Großstädten einzelne, an günstigen Stellen gelegene Lokale dieser Art sehr gut zu halten vermocht. In Amerika, wo man ja besondern Wert auf möglichst originelle Erfindungen legt, hat man inzwischen sogar für feine Gasthöfe und Wirtschaften eine automatische Bedienung erfunden. Wenn z. B. ein Herr und eine Dame allein speisen wollen, so setzen sie sich an einen Tisch, an dem auf den ersten Blick nur der mitten daraufstehende Glaskasten auffällt. Untersucht man den Tisch näher, so sieht man, daß ein Speiseaufzug bindurch in die Küche führt. Man schreibt seine Bestellung auf einen Zettel, befördert diesen durch den Aufzug hinunter, und dann kommt ein Gang nach dem andern denselben Weg herauf. Man braucht die Platten nur aus dem Glaskasten herauszunehmen. An diesem ist übrigens eine elektrische Birne angebracht, die aufglüht, sobald ein neuer Gang und zu guter Letzt die Rechnung heraufkommt. Die Amerikaner sind natürlich sehr stolz auf diese neue Erfindung. Unstreitig hat sie manches für sich, aber ob sie wirklich einen guten Fortschritt darstellt, ist eine andre Frage. Aber ein reicher Amerikaner ist schon stolz darauf, sagen zu können: „Ich habe in einem feinen Gasthaus gespeist, ohne auch nur einen Kellner gesehen oder gesprochen zu haben." —

Ein Bezugsschein auf — Regenersatz

Da der Himmel in letzter Zeit gar kein Einsehen zu haben scheint, uns sein köstliches Naß zu spenden, sahen sich die Bewohner der Kupfermühle in Flensburg genötigt, bei ihrem Feuerwehrhauptmann einen „Bezugsschein auf Regenersatz" zu beantragen. Unter großem Jubel der Jugend fuhr um 7 Uhr abends die Feuerspritze auf in die Kleingärten, und gegen 11 Uhr hatte man bei fleißiger Pumpenbedienung durch Männlein und Weiblein etwa 500 Quadratruten Kartoffel- und Gemüseland eine kräftige Dusche gegeben. —

Eine wahre Geschichte von zwei Eiern

erzählt der „B. B.-C.": Weh dem, der seine Stiefelsohlen durchgelaufen hat! Der eine Meister hat gerade kein Leder, der andre keine Zeit, der dritte ist eingezogen und der vierte wird angezogen und wirft einen mitfamt den unbesohlten Stiefeln zur Tür hinaus. . . . Ich hatte in Vorahnung dieser Geschehnisse es selbst übernommen, meine Stiefel zum Schuhmacher zu tragen. Aber überall fand ich steinharte Schuhmacherherzen. Ein Familienrat, dann entschloß ich mich, noch einmal bei Meister Hannemann das Wagnis zu unternehmen. „Lieber Meister," begann ich mit dem äußersten Aufgebot von Liebenswürdigkeit und Höflichkeit schon in der Ladentür, aber der „liebe" Meister schüttelte den Kopf, und seinem Mund entsprang das niederschmetternde Wort: „Ausjeschlossen!" Ich entfaltete alle meine Beredsamkeit, Hannemann blieb jedoch unerbittlich. Da kam mir plötzlich ein rettender Gedanke. Ich ließ wie beiläufig die Aeußerung fallen: „Ich würde ja gern ein frisches Hühnerei dafür opfern!" Hannemann horchte hoch auf, gewann aber bald seine Fassung wieder und sagte mit Nachdruck: „Zwei!" Schweren Herzens willigte ich ein, allein Hannemann, der mißtrauische Hannemann, wollte die beiden Eier schriftlich haben. Und so kam folgender Vertrag zustande: „Der Schuhmachermeister Wilhelm Hannemann verpflichtet sich, Herrn F. ein Paar Herrenstiefel auf Rand zu besohlen, gegen den üblichen Preis (er wußte schon, warum er üblich groß schrieb), und gegen zwei frische Hühnereier, nicht Kalkeier. Ein Ei wird bei Entgegennahme des Auftrags, das andre bei Ablieferung der Schuhe entrichtet. Lieferzeit höchstens 2 Wochen." — Ich habe meine Stiefel nach 3 Tagen erhalten. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung über die Verwendung von Steinnußmehl als Backstreumehl.

Vom 13. Juni 1917.

Auf Grund des § 20a der Verordnung über die Bereitung von Backware vom 26. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 413) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 28. September 1916 (R.-G.-Bl. S. 1054) und 18. Januar 1917 (R.-G.-Bl. S. 68) in Verbindung mit § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 402) wird bestimmt:

Artikel I.

Außer den im § 11 der Bekanntmachung über die Bereitung von Backware vom 26. Mai 1916 (R.-G.-Bl. S. 413) in der Fassung vom 28. September 1916 (R.-G.-Bl. S. 1054) genannten Stoffen darf auch technisch reines Steinnußmehl ohne mineralische Zusätze als Streumehl verwendet werden.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Juni 1917.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Frische Seefische.

Morgen und folgende Tage kommen in den einschlägigen Geschäften frische Seefische jedes Quantum und ohne Marken zum Verkauf. Der Verkaufspreis beträgt:

für Schellfisch, klein	Pfund	0.80 Mk.
„ Schellfisch, klein-mittel	„	1.05 „
„ Schellfisch, groß-mittel	„	1.20 „
„ Schollen, groß	„	1.40 „
„ Kabeljau, groß, mit Kopf	„	1.40 „
„ Kabeljau, groß, ohne Kopf	„	1.90 „
„ Steinbutt, groß	„	2.75 „
„ Seezunge, groß	„	3.25 „
„ Steinbutt, klein	„	1.75 „

Ferner kommen auch die in größeren Mengen eingetroffenen Räucherwaren, wie:

Geräucherter Seelachs in Stücken	Pfund	3.00 Mk.
Geräucherte Flundern	„	1.40 „

zum Verkauf.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Verpachtung des Anschlagwesens.

Das Recht der **Benutzung der öffentlichen Anschlagsäulen und -tafeln** in der Stadt Halle soll vom 1. Oktober 1917 an auf drei Jahre verpachtet werden.

Angebote werden bis **7. Juli 1917** erbeten. Bedingungen können gegen 50 Pfg. von uns bezogen werden, liegen auch im städtischen Bureau V, Rathausstraße 19, Zimmer 46, zu jedermanns Einsicht aus.

Halle, den 12. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Der Verkauf des der Stadt überwiesenen **Edamer Käses** wird **am Freitag den 22. Juni 1917 in der Talamtschule** fortgesetzt, und zwar

vormittags 8 bis 12 Uhr auf die Nr. 45501—50500
nachmittags „ 2 „ 6 „ „ „ „ 50501—56000

der **neuen Lebensmittelscheine.**

Für jede Person eines Haushalts wird ⅛ Pfund zum Preise von 45 Pfennig abgegeben.

Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Haferflocken** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Freitag den 22. Juni 1917. Für jede Person eines Haushalts kann ½ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pfennig für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 57 des Warenbezugscheins 6 zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Donnerstag den 21. Juni, Freitag den 22. Juni, Sonnabend den 23. Juni und Montag den 25. Juni** bei den von ihnen gewählten Großhändlern die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst vorgeschriebenen **grünen Schlußscheine** über Gemüse und Obst **für Erzeuger** sind im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 10, zum Preise von 2 Pfg. für das Stück erhältlich. Auch können Hefte zu 100 Scheinen zu 2 Mark für das Stück abgegeben werden.

Halle, den 21. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Herren- und Knaben-Anzüge, Stoff- und Wasch-Anzüge
in guter Passform und guten Qualitäten
zu wohlfeilen Preisen
im Kaufhaus **H. Elkan, Leipziger Straße 87.**

Ab Freitag!
U.T **Alte Promenade 11a**
Fernruf 5738.
Der Liebling des Publikums!
Henny Porten
in
Die Prinzessin von Neutralien
Erstklassiges Lustspiel in 4 Akten. 74
Der Raub in den Sudubergen
Ein afrikanisches Filmspiel.

Ton-Butterkühler
kühlen ohne Eis durch Verdunsten. . . Stück **1.75**
C. F. Ritter
90 Leipziger Straße 90
5 Prozent Rabatt-Sparmarken.

Plüschgarnituren
Vertikos, Kleiderschränke, Büfetts, Plüsch- u. Stoffdiwans, Steg- u. Ausziehtische und komplette Wohnungs-Einrichtungen verkauft preiswert 76
Friedrich Peileke
Geiststraße 25. Telephon 5750.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben
Schüler-Mützen
in Samt und Filzstoff
Riesenauswahl, vorteilhafte Preise im 96
Kaufhaus **H. Elkan,** Leipziger Str. 87.

Emaille-Schmortöpfe
schwere gute Ausführung, alle Größen wieder vorrätig
C. F. Ritter
90 Leipziger Straße 90
5 Prozent Rabatt-Sparmarken

Möbel
sowie vollständige
Wohnungseinrichtungen
Pianos, Flügel
kaufe stets zu höchsten Preisen
Friedrich Peileke
Geiststraße 25 — Tel. 5750.

Leichte Sommerkleidung

Unser großes Lager in Sommerkleidung — größtenteils Friedensware — zu äußerst billigen Preisen, bietet noch eine günstige Einkaufsgelegenheit

Herrenbekleidung

Waschjoppen	grün	von 2.75 an
Lüsterjacketts	schwarz, farb.	von 3.50 an
Gelbe Leinenjacketts		von 3.75 an
Waschanzüge	grau, grün	von 16.00 an
Gelbe Strandanzüge		von 15.00 an
Tennishosen	weiß und farbig	von 6.25 an
Sporthosen	grün, Leinen	von 7.00 an
Staubmäntel	für alle Zwecke	von 6.50 an

Knabenbekleidung

Waschblusen	gestreift	von 2.00 an
Waschanzüge	gestreift, moderne Form	von 5.00 an
Waschanzüge	weiß und mode-farbig	von 8.25 an
Waschleibchenhosen	Satin und Köper	von 1.65 an
Waschsporthosen	Satin und Köper	von 2.60 an
Sportblusen	in alten Farben	von 4.50 an
Sporthosen	Wollstoff, blau	von 4.75 an
Waschjugendwehranzüge	grau, grün	7.00 an

Große Auswahl
in Stroh- und Panama-Hüten — Westengürteln — Sportgürteln
Flanell- und Tennis-Hemden — bunten Oberhemden — weichen Kragen — Sportbindern — Krawatten — Stöcken — Tennisschuhen

S. Weiss
Leipziger Straße 105/6, Ecke Markt
Größtes Geschäftshaus der Provinz für feine Herren- u. Knabenkleidung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 19. Halle, Freitag den 22. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. Juni 1917.

Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Am 13. Juni fand die erste Sitzung der von den städtischen Behörden kürzlich eingesetzten Deputation statt, der 21 Mitglieder aus den verschiedensten Kreisen, darunter fünf in sozialer Fürsorge erfahrene Frauen, angehören. Die städtische Kriegshinterbliebenenfürsorge soll, unabhängig von der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen im Kriege Gefallener, nicht nur Geldunterstützung gewähren, sondern vor allem soziale Fürsorge ausüben, den Hinterbliebenen mit Rat und Tat in allen ihren Sorgen zur Seite stehen. Die Sorge für die Gesundheit, Ordnung der Wirtschaftslage, Erziehung der Kinder, Berufsberatung und Ausbildung, Auskunftserteilung, Besorgung von Rentenanträgen sind ihre Hauptaufgaben. Die Deputation billigte die seit etwa zwei Jahren schon erfolgreich wirkende Organisation des städtischen Fürsorgeamts für Kriegshinterbliebene, die schon jetzt mit über 100 ehrenamtlichen Helferinnen arbeitet. Vor allem hielt die Deputation aber die schleunige Beschaffung weiterer erheblicher Geldmittel für die mit der langen Dauer des Krieges stetig wachsenden Zahl von Unterstützungen für dringend erforderlich. Zwar haben schon verschiedene hochherzig denkende Bürger und Firmen der Stadt für die Hallischen Kriegshinterbliebenen teilweise recht erhebliche Zuwendungen gemacht, so daß daraus ein besonderer Fonds gegründet werden konnte, von dem aber nur die Zinsen an bedürftige Hinterbliebene nach und nach zur Verteilung gelangen sollen. Indessen handelt es sich hierbei erst um einen Anfang, um einen Grundstock, der schleuniger und fortgesetzter Ergänzung durch weitere Spenden der Bürgerschaft bedarf. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit gegen die gefallenen oder infolge des Kriegsdienstes gestorbenen Hallischen Mitbürger, dem edeln Beispiel der bisherigen Wohltäter folgend, gerade unsre Hallischen Kriegshinterbliebenen vor Not und Sorgen zu schützen. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Lebende Schleie: Heute und während der folgenden Tage in den einschlägigen Geschäften.

Haferflocken: Von Freitag an auf Marke 57 des Warenbezugsscheins VI. Jede Person ¼ Pfund für 11 Pf.

Edamer Käse: Von Freitag vormittags 8 bis 12 Uhr Nr. 45501 bis 50500, nachmittags 2 bis 6 Uhr Nr. 50501 bis 56000 der neuen Lebensmittelscheine. Jede Person ⅛ Pfd. für 45 Pf.

Frische Seefische (Schellfisch, Scholle, Kabeljau usw.): Von Freitag an in den einschlägigen Geschäften.

Räucherwaren (Seelachs und Flundern): Von Freitag an in den einschlägigen Geschäften. —

Hundertjahrfeier der Universität.

Zur Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte Verschmelzung der Wittenberger Universität mit der von Halle fand am Donnerstag vormittag im großen Hörsaal der Universität ein Festaktus statt, dem außer den direkt Beteiligten die städtischen Behörden, Vertreter von Handel und Industrie, geladene Ehrengäste und auch der Kultusminister sowie der Kriegsminister beiwohnten.

Die Begrüßungsansprache hielt der Rektor, Professor Dr. Adolf Schmidt, der hervorhob, daß diese Feier wehmütige und doch zugleich auch erhebende Gedanken auslöse: wehmütige, weil sie daran gemahne, daß auch die größten Kulturstätten dem unausrottbaren Hader der Menschen mit ihren kriegerischen und politischen Begleiterscheinungen zum Opfer fallen können; erhebende, weil von der Schwesteruniversität, deren Traditionen Halle übernommen, eine der größten geistigen Errungenschaften ihren Ausgang genommen habe, die Befreiung der Menschheit vom Zwangsglauben.

Hierauf sprach der Kultusminister von Trott zu Solz. Er berührte die Geschichte der beiden Universitäten, betonte, daß in Halle die erste Universität gewesen sei, die die deutsche Sprache zur Unterrichtssprache gemacht habe, und daß der freien Wissenschaft in ihr eine gute Pflegestätte geworden wäre, und wünschte dieser Lehranstalt, daß sie noch zu reichstem Leben erblühen möge.

Den eigentlichen Festvortrag, hauptsächlich über die Geschichte der beiden Universitäten, hielt Professor Dr. Karl Robert, worauf eine Anzahl Ehrenpromotionen folgten und der Rektor das Schlußwort sprach.

Bemerkenswert ist, daß aus Anlaß der Hundertjahrfeier bedeutende Stiftungen gemacht worden sind. So hat Dr. Heinrich Lehmann 50 000 Mark gegeben. Handel, Industrie und Bergbau 180 000 Mark, der Provinzialausschuß 5000 Mark, der anhaltische Minister Dr. Laue aus Sammlungen 54 000 Mark, usw.; die Stadt will die akademische Lesehalle im Roten Turm ausbauen lassen.

Uebrigens ist aus diesem Anlaß im Archäologischen Institut eine Ausstellung historischer Prägung veranstaltet worden.

Wer wissen will:

was die sozialdemokratische Mehrheit zur Erleichterung der Lage unserer Soldaten sowie ihrer verstümmelten Kameraden bisher schon getan hat und dauernd noch tut;

wie die sozialdemokratische Mehrheit für die Unterstützung der Familien unserer Krieger sowie ihrer Hinterbliebenen bisher schon eingetreten ist und ständig noch intritt;

was die sozialdemokratische Mehrheit zur Behebung der Nahrungsmittelschwierigkeiten bisher schon eingesetzt hat und fortwährend noch einsetzt;

wie die sozialdemokratische Mehrheit für die Herbeiführung des Friedens bisher schon gewirkt hat und gerade jetzt noch mit Emsigkeit wirkt;

wer alles das und so vieles andre noch wissen will, was die Stellung der sozialdemokratischen Mehrheit zu all den hochbedeutsamen Fragen betrifft, die der Krieg aufgeworfen hat,

der muß die Volksstimme lesen.

Haushalt der Riebeck-Stiftung.

Die Zinsen von 2 400 000 Mark Wertpapieren ergeben 96 250 Mark. Aus 400 700 Mark Hypotheken werden 17 763 Mark gelöst. 7000 Mark werden aus Eintrittsgeldern erwartet, 500 Mark aus der Ackerbewirtschaftung; 478,40 Mark hat Inspektor Winter für Wohnung, Beleuchtung Heizung und Wasser zu zahlen, so daß die Gesamteinnahme unter Einrechnung andrer kleiner Posten 122 300 Mark ausmacht.

Unter den Ausgaben fallen 40 758 Mark Zinsen an die Darlehnskasse auf. Bei dieser Kasse sind 765 700 Mark zu 5½ Prozent als Lombard-Darleben aufgenommen und dafür sind 800 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet worden. Bei dieser Transaktion wird zwar nicht direkt Geld zugesetzt, aber auch kein Profit erzielt. Unter den 24 000 Mark Aufwendungen für das Grundstück und die Gerätschaften befinden sich 8100 Mark für Brennstoffe, 3200 Mark für Beleuchtung, 1500 Mark für Wasser, 300 Mark für elektrische Kraft zum Wäschereibetrieb, 600 Mark für Wäschereinigung, 2900 Mark für Unterhaltung des Gartens und 900 Mark für Gerätschaften. An Feuerversicherung für Mobilien werden 950 Mark bezahlt. Die Beköstigung der Pflegelinge erfordert 38 116 Mark, 3811 Mark mehr als im Vorjahr. Die Verwaltungskosten beanspruchen 14 760 Mark, darunter 4200 Mark Gehalt für Inspektor Winter, 1200 Mark Vergütung an den Anstaltsarzt, 900 Mark an den Anstaltspredger und 5200 Mark für Löhne und Weihnachtsgeschenke an das Wärterpersonal. Einnahme und Ausgabe decken sich. —

Sommers Anfang.

Der Beginn des astronomischen Sommers, der diesmal am Freitag den 22. Juni um 1 Uhr 15 Minuten nachts seinen Anfang nimmt, fällt in eine Periode großer Hitze, wie sie gerade im mittleren Drittel des Monats Juni nicht häufig ist. Zu dieser Zeit pflegen sich sonst fast allsommerlich ausgesprochene Regenperioden mit empfindlichen Temperaturrückschlägen einzustellen, denen gewöhnlich erst gegen Ende Juni wieder stärkere Erwärmung folgt. Der Juni-Rückschlag der Temperatur tritt dabei mit so großer Regelmäßigkeit ein, daß er in der Jahreskurve der Temperatur scharf ausgeprägt erscheint. Er bildet sogar in dem aufsteigenden Bogen der Temperaturkurve den stärksten Rückschlag und übertrifft bei weitem den aus der Zeit der sogenannten Eisheiligen um Mitte Mai, der an vielen Orten in der Temperaturkurve gar nicht wahrzunehmen ist, weil sich im Durchschnitt der Jahre zu dieser Zeit Kälterückfälle und starke Wärme die Wage halten.

Der ausgesprochene kontinentale Charakter der Witterung seit dem Beginn des Jahres 1917 hat diesmal beide Erscheinungen nicht zutage treten lassen; während von den ersten Januartagen bis Ende April strenger Winter und ein ungemein rauher, kaum als solcher zu bezeichnender Vorfrühling herrschten, ist mit dem Maibeginn fast ohne Uebergang der Sommer eingetreten, und eingetreten, sogar recht scharfe Temperaturrückschläge sind so rasch durch neue Erwärmung ausgeglichen worden, daß durch sie das Witterungsbild nicht nennenswert beeinflußt wurde. Es gilt das namentlich für den ganzen Komplex des deutschen Binnenlandes; etwas längere Rückschläge mit ergiebigeren Regenfällen kamen im Osten des Landes sowie im Küstengebiet der Ostsee vor, während Westdeutschland reich an Gewittern und dementsprechend auch an Niederschlägen war.

Die gegenwärtige Hitzeperiode begann gleichfalls im norddeutschen Binnenland, um sich allmählich über ganz Mittel- und Nordeuropa zu verbreiten. Obwohl in der westlichen Hälfte des Landes inzwischen bereits Gewitter eingetreten sind, scheint die Hitzeperiode noch nicht überwunden, und es dürften bis zu ihrer Beendigung wohl noch einige Tage hinstreichen. Mittlerweile sind im ganzen Lande bereits Temperaturen erreicht worden, wie sie der ganze vorige, bekanntlich kühl und regnerisch verlaufende Sommer nicht gebracht hat. 30 Grad Wärme wurden in den meisten Gegenden erheblich überschritten; in Magdeburg hatten wir gestern 35,1 Grad im Schatten. Ob während des eigentlichen Sommers sich diese Temperaturen noch einmal wiederholen werden, das bleibt noch abzuwarten. —

* **Gegen den Schacher mit landwirtschaftlichen Betriebsmitteln** hat sich der stellvertretende Kommandierende General gewandt. Danach ist die Veräußerung lebenden und toten Inventars von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Entfernung landwirtschaftlichen Inventars von den Landstellen zu untersagen, falls dadurch die ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Stellen gefährdet wird, ausgenommen die im Wege der Zwangsvollstreckung zu erfolgenden Maßnahmen. Weiterhin ist die Zerstückelung von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Aufhebung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit nur mit Genehmigung der zuständigen Zivilbehörden gestattet.

* **Das Lehrlingswesen** gehört jetzt aus verschiedenen Gründen zu den brennenden wirtschaftlichen Fragen. Deshalb hat sich in der letzten Zeit auch die Handwerkskammer Halle mehrfach mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Handwerksmeister klagen noch mehr als sonst über „Lehrlingsmangel". Tatsache ist, daß in der Kriegszeit weit weniger junge Leute in die Lehre bei einem Handwerksmeister getreten sind als früher. In

Der Tanz des Todes.

Von W. Wladimirow.

Aus dem Russischen von Viktor Kalinowski.

(7. Fortsetzung.)

In diesem Augenblick lugte der Mond neugierig hinter den Wolken hervor und warf einen breiten Lichtstreifen auf ein erschütterndes Bild. Wie eine schwarze Silhouette nahm sich die Leiche Papajs aus; sie baumelte langsam hin und her, vom schwachen Winde bewegt.

Die Trommeln schmetterten weiter . . .

Man nahm die Leiche vom Stricke . . . legte sie in einen schwarzen, auf dem Schafott stehenden Sarg . . . und stülpte den Sargdeckel darauf. Die Trommeln schwiegen. Still ist's geworden . . . Die menschlichen Bestien gingen auseinander. —

Die zwei Soldaten machten ein Kreuzzeichen und flüsterten für die Seele des Hingerichteten ein kurzes Gebet.

*

Wer ist also dieser Henker? Woher kam er? Niemand zweifelte daran, daß der Henker kein Kriminalverbrecher ist, der über Leichen schreitet, um sein eignes Leben zu retten. Wenn er die schwarzen Handschuhe abzieht, was übrigens selten vorkommt, so kann man weiße, fleischige Finger bemerken. Man sieht sofort, daß es keine harten, an physische Arbeit gewöhnten Arbeiterhände sind, sondern die Hände eines Herrn, der zu einer schweren Arbeit unfähig ist. Groß, fett, phlegmatisch und ungeschickt, macht seine Gestalt den Eindruck irgendeiner schweren und unbeweglichen Masse.

Seine älteren Kollegen, die hochgebornen Henker, kennen ihn ohne Zweifel, jedoch verschweigen sie sorgsam seinen Namen. Endlich gelang es mir, den Schleier des Geheimnisses zu lüften.

Kurakin war der Name des geheimnisvollen Henkers. Als Vorsteher des im Rathaus befindlichen Polizeigefängnisses war er ein Helfershelfer und Vertrauter des ersten Menschenschinders von Warschau namens Grün. Eben dieser Kurakin ist an der Folter unmittelbar beteiligt. Die Folterungen finden in einer abgelegenen Kammer und in den Zellen statt. In den letzteren haben sie einen „vorbereitenden" Charakter, nämlich um dem Opfer die Nerven zu schwächen und zu reizen.

In diesem Arrest, unter seiner Aufsicht, kommen zum Bewußtsein jene Unglücklichen, die gemartert wurden und doch nicht — starben. Wochenlang liegen sie da, manchmal auch monatelang, bis sie wieder so weit hergestellt sind, um sich vor dem Kriegsgericht verantworten zu können. Sie liegen unter Kurakins Aufsicht, ohne jede ärztliche Behandlung. Der Henker Kurakin aber behandelt die Arrestanten nur in polizeilichem Sinne, er achtet nämlich darauf, daß die Qualen und Leiden der Gefolterten die Steinmauern des Polizeigefängnisses nicht durchdringen. Dieses Gefängnis sowie die Zellen mit den gequälten und zerfleischten Arrestanten werden von verschwiegenen und getreuen Aufsehern bewacht, die von der Regierung geschätzt, mit ihrem Vertrauen beehrt und für die geleisteten Dienste belohnt werden. Andre Aufseher aber werden zu den Kranken nicht zugelassen — aus Furcht, die schrecklichen Qualen der Gemarterten könnten sie erweichen und ihnen die Zunge lösen.

Die blindlings ergebenen Aufseher verrichten im Polizeigebäude ihre inquisitorische Tätigkeit unter unmittelbarer Leitung und Aufsicht ihres Chefs, des Henkers Kurakin. Als Wärter verrichten sie ihren Dienst nur in jenen Zellen, in denen solche Gefangene interniert sind, die nach einigen Tagen in der eigentlichen Inquisitionskammer der Folter unterworfen werden sollen. Die Inquisitionspraxis verlangt, daß man dem Gefangenen, bevor man ihn der Tortur unterzieht, die Nerven entkräftet, seinen Körper schwächt, überhaupt ihn widerstandsunfähig gegenüber jedem Ansinnen des Untersuchungsausschusses und der Ochrana macht, namentlich wenn er Aussagen unterschreibt, die ihn selbst, seine Genossen oder auch von der Polizei namhaft gemachte Personen beschuldigen.

Nach Kurakins System hat die Inquisition folgenden Verlauf:

In die Zelle kommt angeblich ein Aufseher, in Wirklichkeit ist es einer der Henkersknechte. Die Anwesenheit eines Fremden, der den Gefangenen, ohne von ihm die Augen abzuwenden, unaufhörlich bespitzelt und alle seine Bewegungen verfolgt, reizt diesen besonders am Anfang. Erst später gewöhnt sich der Gefangene langsam daran.

Der Aufseher unterbricht dann das Schweigen etwa folgendermaßen:

„Wie geht's Dir, mein Lieber? Warte nur, jetzt wirst Du die Folter schmecken . . . wirst schon sehen, wie man Revolution macht . . . Das hast Du noch nicht probiert, was?" So fragt höhnisch der Sbirre und, die bleibeschlagene Nagajka aus dem Stiefelschaft ziehend, fuchtelt er damit dem Gefangenen vor dem Gesicht herum. — „Was gaffst mich noch an? . . . marsch, vorwärts, kriche in der Zelle herum! Untersteh Dich nicht, stillzustehn" — schreit der Satrap, und mit einer sprechenden Bajonettbewegung zwingt er den Gefangenen, von einem Winkel zum andern zu gehen.

Der Gefangene schleicht hin und her und denkt mit Grauen darüber nach, was er vor wenigen Augenblicken hörte; er vergißt die Anwesenheit des bösartigen Menschen. Entsetzliche Gedanken durchkreuzen sein Hirn. Ein scharfer Schrei des Aufsehers weckt ihn aus seiner Melancholie.

„Weshalb schleppst Dich denn wieder von einem Winkel zum andern? Setz Dich!"

In der Zelle sieht man kein Bett, weder Tisch noch Stuhl.

Der Gefangene vermeint im Käfig, in den Krallen eines Raubtiers zu sein, darum wird er sich bewußt, daß jeder Protest zweck- und aussichtslos ist, daß er auf Gnade und Ungnade dem Aufseher ausgeliefert ist. Die Folterankündigung ist ja von einer grauenerregenden Wirklichkeit beseelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter solch entsetzlichen Umständen sogar ein Verbrechen möglich ist . . . Er setzt sich daher auf den kalten Fußboden und wartet. . . . Kaum vergehen einige Minuten, vernimmt er den barschen Befehl:

Geh schlafen! — Hüte Dich!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0005

der Hauptsache liegt das natürlich in der Entlohnung der Lehrlinge, die noch vielfach überhaupt keine oder höchstens eine äußerst geringe Entschädigung erhalten; die Eltern sind bei der heutigen Zeit nicht in der Lage, auch noch für Söhne, die „lernen", den Unterhalt zu beschaffen. Die letzte Vollversammlung der Handwerkskammer Halle beauftragte den Vorstand der Kammer, sich mit der Frage, wie dem Lehrlingsmangel abgeholfen werden könne, zu beschäftigen. Es wurde vorgeschlagen, daß insbesondere weibliche Lehrlinge dem Handwerk zugeführt werden. Obermeister Zwanzig stellte einen Antrag auf Aufhebung der Bestimmung über die Höchstzahl der Lehrlinge, so daß die Handwerksmeister in ganz unbeschränkter Zahl Lehrlinge halten könnten. Ganz mit Recht wurde diesem Antrag widersprochen; es wird ihm daher keine Folge gegeben. Wird doch heute schon in dieser Richtung von manchem Handwerksmeister des Guten zuviel getan. Vorläufig stellen die Kriegsbeschädigten einen Ersatz für Lehrlinge. Es werden viele von ihnen zur Erlernung eines neuen Handwerks eingestellt. In dem schriftlichen Lehrvertrag, der mit diesem geschlossen wird, ist meist eine 2jährige Lehrzeit vorgesehen. Sonst sind diese Verträge genau so wie die für junge Leute, nur daß der Hinweis auf das väterliche Züchtigungsrecht und auf den Besuch der Fortbildungsschule fehlt. — Nach dem Kriege werden die gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrlinge einer gründlichen Aenderung unterzogen werden müssen. —

* **Frühdruschprämien.** Die Landwirte werden erneut auf die Vorteile hingewiesen, die die Beteiligung an der Frühdruschaktion (Frühdruschprämien) mit sich bringt. Es wird erwartet, so führt die Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtkreis Halle aus, daß jeder Landwirt alles daransetzt, um der Aktion zu dem Erfolg zu verhelfen, den das Vaterland im Interesse einer ungestörten Volksernährung unbedingt braucht. Säcke sollen von der Reichsgetreidestelle für ihre Kommissionäre in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden. Da, wo Reparaturen noch auszuführen sind und von den bisherigen Reparaturwerkstätten nicht erledigt werden können, sind die Maschinenausgleichsstellen (für Halle Ingenieur Centrup, Kurallee 11) anzugehen und ist deren kostenlose Vermittlung zu erbitten. Gleichzeitige Mitteilung hierüber sowie darüber, ob und welche Betriebsmittel und Bedienungsmannschaften fehlen, ist der Kriegswirtschaftsstelle, Marktplatz 22, zu erstatten. —

— **Die Kohlenversorgung der Städte.** Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetags faßte eine Entschließung zur Kohlenversorgung, in der es heißt: Die Versorgung der Städte mit dem dringendsten Bedarf an Brennstoffen beansprucht nur einen geringen Teil der deutschen Kohlenerzeugung, ist aber für die städtische Bevölkerung genau so wichtig wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Es ist Aufgabe des Reiches, die Kohlenförderung mit allen Kräften zu steigern und die Heranschaffung des den Städten zukommenden Anteils sicherzustellen. Hierzu bedarf es schnellsten und von größter Taktvoll getragenen Handelns. Die Herbeischaffung des Brennstoffs für die Bedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung bei selbstverständlicher Beschränkung auf das Notwendigste steht in einer Linie mit der Belieferung der Rüstungsindustrie. —

* **Die Sommerferien** sind in den Orten mit höhern Schulen oder mit Seminaren nachträglich auf die Zeit vom 13. Juli bis 14. August ausschließlich für alle Schulgattungen festgesetzt worden. —

* **Vereinigungsverbot für Ausländer.** Infolge einer Verfügung des stellvertretenden Kommandierenden Generals ist Nichtdeutschen mit Ausnahme der Angehörigen neutraler Staaten der Zusammenschluß zu Verbänden und Vereinen verboten, ebenso das Einsammeln von Beiträgen zu Vereinen und Verbänden unter ihnen. —

* **Krankenschwestern-Station.** In der Synagogengemeinde ist von der Großloge für Deutschland U. O. B. B. VIII am 15. Juni eine Krankenschwestern-Station eingerichtet und vorläufig mit einer Schwester besetzt. —

* **Schwurgericht.** In der am 25. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode wird verhandelt: am 25. Juni gegen die Ehefrau Berta Räther wegen schwerer Körperverletzung; am 26. Juni gegen den Arbeiter Reinhold Kaufmann wegen versuchten Mordes und einfachen Diebstahls im Rückfall sowie gegen die Ehefrau Hedwig Harting wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit versuchtem Nötigung und gegen die ledige Emma Harting wegen Anstiftung dazu; am 27. Juni gegen die Dienstmagd Anna Dewes wegen Kindestötung; am 28. Juni gegen den Arbeiter Franz Wendler wegen Diebstahls und Körperverletzung mit Todeserfolg; am 29. Juni gegen die russischen Arbeiter Zilinski und Genossen sowie den Aufseher Taubert wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. —

* **Der Führer des Luftschiffs L 48,** das nach einem Angriff auf englische Feitungen verunglückte, Kapitänleutnant Eichler, ist ein Hallenser Kind. Sein Vater ist hier Betriebsleiter. —

* **Von der Straße.** Zum Aufheben eines Pferdes wurde die Feuerwehr am Mittwoch nach der Marktstraße gerufen. — An der Ecke Köning- und Landwehrstraße entgleiste ein Wagen der Stadtbahn, wodurch eine Betriebsstörung von 12 Minuten entstand. — Durch einen mit Stroh beladenen Wagen wurde in der Merseburger Straße eine Gaslaterne umgefahren. —

* **Bissiger Köter.** Ein Menschenauflauf entstand am Donnerstag nachmittag in der Großen Ulrichstraße, daß ein Bäckerlehrling von dem Hunde des Geschäftsinhabers Klapzenbach am Kaulenberg angefallen und stark ins Bein gebissen wurde. Der Menschenmenge bemächtigte sich eine um so größere Aufregung, als der Gebissene an dem Vorfall ganz schuldlos gewesen, der Köter aber recht bissig sein soll. —

Aus der Provinz.

Androhung gegenüber den Landwirten.

Ein sehr energisches Ultimatum wird von anscheinend amtlicher Stelle den Landwirten des Kreises Querfurt in folgender Form gestellt:

Die Butterablieferungen der Milchviehhalter des Kreises sind in letzter Zeit immer geringer geworden und entsprechen, auch wenn man die sehr schwierigen und ungünstigen Fütterungsverhältnisse namentlich für Milchvieh berücksichtigt, nicht den Erwartungen, die man bei allgemeiner gewissenhafter Beachtung der über den Butterverbrauch der Selbstversorger gegebenen Bestimmungen haben müßte. Da nun zur notwendigen Versorgung der Bedarfsgebiete, namentlich der großen Städte, von seiten der Provinzialfettstelle immer höhere Anforderungen an den Kreis gestellt werden müssen, so muß die Kreisverwaltung sich auch pflichtgemäß die Frage vorlegen, wie sie diesen Anforderungen durch eine Steigerung der Butterablieferung gerecht werden kann; es stehen ihr zu diesem Zwecke zwei Mittel zur Verfügung: Entweder Zwangsanschluß sämtlicher Milchproduzenten an eine Molkerei oder Festsetzung bestimmter Buttermengen, die jede Gemeinde nach Verhältnis ihrer Milchviehzahl aufbringen muß. Beide Mittel bedeuten einen scharfen und unerfreulichen Eingriff in die Wirtschaftsverhältnisse der Milchviehhalter und die Kreisverwaltung würde es sicher mit Freuden begrüßen, wenn sie durch die Verhältnisse hierzu nicht gezwungen würde; unterbleiben können solche unerwünschten Anordnungen aber nur dann, wenn jeder Milchviehhalter mit der allergrößten Gewissenhaftigkeit den eignen und seiner Haushaltungsangehörigen Butterverbrauch genau nach den zurzeit geltenden Bestimmungen (125 Gramm pro Kopf und Woche) einhält, und auch im Verbrauch von Vollmilch die größte Sparsamkeit walten läßt. —

Delitzsch. (Für alldeutsche Kriegsziele) hat sich am Sonntag der Seminardirektor Bär von hier auf einem Abgeordnetentag des Kriegerverbandes Delitzsch ausgesprochen. Er forderte: „Nach Osten sowohl als auch nach Westen müssen wir Raum gewinnen, ebenso ein zusammenhängendes Kolonialreich erhalten, das deutscher Tatkraft und deutschem Streben reichlich Gelegenheit zur Betätigung bietet." Natürlich ist er sich darüber klar, daß solche Ziele nicht ohne weiteres zu erreichen sind, und deshalb betonte er: „Den Frieden schafft nur die Kraft des Stärkeren, die auch den entscheidenden Sieg herbeiführt." Nur ist dann nicht recht ersichtlich, wie er, gerade er mit solchen Kriegszielen, zu dem für ihn ganz ungewöhnlichen und inkonsequenten Grundsatz kommen kann: „Die Gedanken und Lehren der Geschichte müssen letzten Endes die leitenden Ideen bei den künftigen Friedensgestaltungen sein." Denn hätte er nach diesem Grundsatz gehandelt, dann wäre er unmöglich auf solche Kriegsziele gekommen, sintemalen gerade die Geschichte lehrt, daß kriegerische Gebietserweiterungen niemals zu eines Volkes Heil ausgeschlagen sind. Wie sich die Zuhörerschaft zu diesen Kriegszielen des Herrn Seminardirektors gestellt hat, ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Immerhin scheint bemerkenswert, daß der Vorsitzende nicht umhin konnte, sich ebenfalls, sowie es viele andre Menschen auch schon getan haben, für einen baldigen Frieden auszusprechen. —

Gisleben. (Vermißt) wird schon seit über 1 Woche der 10 Jahre alte Schulknabe Kube von hier, der sich unter Mitnahme von 2 Mark heimlich aus seiner elterlichen Wohnung entfernt hat. —

— (Ertrunken.) Im Schwimmbad zu Hettstedt ist die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mannes aufgefunden worden, dessen Kleider am Rande des Schwimmbeckens lagen. Wahrscheinlich ist der Verunglückte heimlich in die verschlossene Anstalt zum Baden eingestiegen und dabei ertrunken. —

Merseburg. (Die Abgabe von Eiern) soll nun wieder öfter erfolgen. Die Stadt hat hierzu u. a. 40 000 Auslandseier erworben.

— (Schwere Beschädigungen) sind an den Kirschbäumen der Gemeinde Atzendorf von rohen Burschen ausgeführt worden, für deren Ermittlung eine Belohnung ausgesetzt worden ist. —

— (Der Landrat Freiherr v. Wilmowski) ist nach Belgien abberufen worden, um die Leitung der beim dortigen Generalgouvernement neu eingerichteten Zivilkanzlei zu übernehmen. Wer an den nun vakant gewordenen Posten kommt, darüber ist noch nichts bekannt. —

Torgau. (Ertränkt) hat sich in der Elbe ein junger Arbeiter von hier. Seine Leiche wurde an der Großtrebener Fähre geborgen. —

Wittenberg. (Die Ernte) hat in unsrer Gegend bereits mit dem Mähen der Wintergerste begonnen. Dazu ist es infolge der andauernden großen Hitze gekommen, die hoffentlich im Interesse der andern Feldfrüchte bald einem gründlichen Regen weicht. —

— (Im Zeichen des Fleischmangels.) Bei der Jagdverpachtung des städtischen Reviers Kabelhufen und Specke wurden 365 und 370 Mark geboten. Bisher betrug die Pacht ganze 115 Mark! —

Aus der Parteibewegung.

Sammlung im Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Am Sonntag nachmittag fand in Merseburg eine von 48 Mitgliedern besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt mit der Tagesordnung: Ist die Sozialdemokratie eine Regierungspartei? Von dem Einberufer der Versammlung, dem Genossen Thieme, wurde bei der Eröffnung der Versammlung darauf hingewiesen, daß der Kreisvorstand in Schleudritz über die Köpfe der Mitglieder hinweg unsre Kreisorganisation den Unabhängigen angeschlossen habe und daß es sich nun nötig mache, denjenigen Genossen, die diesen Schritt nicht mitmachen, sondern treu zur alten Partei stehen wollen, in dem alten Verein wieder zusammenzuschließen. Danach sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Krätzig (Berlin) über das obengenannte Thema, wobei er ausführlich und wahrheitsgetreu die Vorgänge schilderte, die zum Kriege führten, und darlegte, wodurch es notwendig wurde, daß die Partei sich zu dem Kriege so stellte, wie sie es getan hat, wobei er nicht unterließ, darauf hinzuweisen, welche ungünstigen Verhältnisse für die gesamte Arbeiterschaft eintreten würden, wenn Deutschland bei diesem Völkerringen zum Unterliegen käme. Nach allseitiger Zustimmung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und eine Kommission damit beauftragt, die Kreisorganisation unsers Wahlkreises neu in die Wege zu leiten. Nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden, der zugleich mitteilte, daß Abonnements auf die „Volksstimme" bei ihm, Leuchtstedter Straße 18, entgegengenommen werden und daß in der nächsten Zeit eine Versammlung stattfinden würde, für die man schon jetzt agitieren solle, wurde die von gutem Geiste durchdrungene Versammlung geschlossen. —

Er legt sich hin . . . kann nicht einschlafen . . . Diese schreckliche Ungerechtigkeit benimmt ihm den Atem . . . Er vermeint ein junges, von einem grausamen Henke gepeinigtes Hündchen zu sein, seiner Willkür hilflos preisgegeben, denn dieser Mensch hält den Karabiner in der einen, die Nagajka in der andern Hand. . . .

Die ganze Zeit hindurch wird der Unglückliche mit Beleidigungen und Beschimpfungen überhäuft.

Nach einer kleinen Weile wird er wieder angeschrien: „Genug der Faulenzerei! Steh auf! Marsch, vorwärts!" — und die scharfe Bajonettspitze senkt sich drohend nach ihm.

Der Unglückliche springt auf und torkelt von einem Winkel zum andern.

So geht es weiter, endlos, ununterbrochen. . . . Die Nacht bricht herein. Hin und wieder versucht der Gefangene, auf dem Fußboden zu schlafen, sobald ihn aber der Schlaf überwältigt, erhält er mit dem Gewehrkolben einen starken Stoß gegen die Brust oder den Kopf und das bringt ihn sofort auf die Beine.

Und der Henker setzt mit höhnischer, ordinärer Stimme hinzu:

„Wie fest Du geschlafen hast, wahrhaftig! . . . Hast lange genug gelegen! . . . Steh auf, aber schnell! Anstatt in Revolution zu machen, solltest Du zu Hause schlafen!"

Der Gefangene geht schleppend in der Zelle umher und versucht den Schlaf abzuwehren. . . . Schließlich verliert er die Geduld — will protestieren.

Einige starke Schläge mit der Nagajka ins Gesicht lassen deutlich erkennen, daß jeder Widerstand nutzlos ist. Der Gefangene gehorcht also: auf Befehl des unerbittlichen Henkers geht er, liegt, steht auf und setzt sich wieder — mechanisch, wie ein Automat.

Dann kommt ein andrer Henker, sein Vorgänger verläßt die Zelle. Nun geht's mit frischen Kräften los. Der Nachfolger übernimmt die „Arbeit" seines Vorgängers und heckt immer neue, immer raffinierte Mittel aus, um die Qualen seines Opfers zu erhöhen.

Das dauert einige Tage ohne Unterbrechung. Der Gefangene ist dem Wahnsinn nahe. Er bekommt nichts weiter zu essen, als trockenes, verschimmeltes Graubrot. Wenn schließlich Kurakin annimmt, daß der Organismus des Gefangenen genügend geschwächt und der Zeitpunkt gekommen ist, daß die wirkliche, grauenerregende Tortur vorgenommen werden soll — wird der Unglückliche in die eigentliche Inquisitionskammer gebracht.

Ich wende mich jetzt dem Henker Kurakin wieder zu. Mit dem Augenblick, wo die Tür der Folterkammer hinter dem Gefangenen zugeschlagen wird, ist seine Rolle beendet. Seine weitere Tätigkeit sorgt dafür, daß der Verstümmelte mit ärztlicher Hilfe dem Leben erhalten bleibt, besonders wenn derselbe „offen" alles bekannt hat. Von diesem Zeitpunkt an bedarf man seiner, man bekümmert sich um ihn: er bekommt ein Bett, man erlaubt ihm, nach Belieben zu schlafen und weckt ihn nicht. Zweimal täglich bekommt der Gefangene warmes Essen, obwohl er infolge der entsetzlichen Marter wochenlang keinen Bissen genießen kann, weil seine innern Organe verletzt sind.

Woher Kurakin kam, weiß niemand. Man erzählt sich, daß er vordem Unterbeamter an der Statthalterei war. Auf den jetzigen Posten erhob ihn der allmächtige „Meister" Grün, in dessen Person die Geschichte das grausamste Menschenungeheuer des Mittelalters, Maluta Skuratow, auferstehen ließ. Grün erblickte in der abstoßenden Gestalt Kurakins alle Verbrechereigenschaften, welche er für seine Inquisitionszwecke gehörig ausnutzte.

Als Polizeigefängnisvorsteher kommt Kurakin mit vielen Personen zusammen und ist daher in Warschau sehr gut bekannt. Die Advokaten kennen ihn, ebenso die Gefangenen und deren Verwandte. Seine Aeußerlichkeit erweckt Abscheu und Widerwillen: bartlos mit ausgedunsenem Gesicht — sieht er einem Eunuchen ähnlich. Er spricht mit einer dünnen, piependen Fistelstimme, was bei seiner großen fetten Gestalt einen sonderbaren Eindruck macht und vermuten läßt, daß er ein Kastrat ist. Im Umgang mit den Anwesenden, besonders mit Advokaten, ist er zuvorkommend höflich und aufmerksam, öfters läßt er dabei jedes erlaubte Maß vermissen, zeigt sich katzenfreundlich und dienstfertig.

Sieht man diesen gemästeten, verweichlichten Menschen und sein speichelleckerisches Herumschwenzeln, so empfindet man wider Willen einen greulichen Ekel, wie beim Berühren eines Reptils.

Kurakin wohnt am Rathaus, in demselben Gebäude, das den Untersuchungsausschuß, das Polizeigefängnis und die Ochrana beherbergt, neben der Folterkammer, zur linken Seite des Eingangs vom Theaterplatz. Die Schmerzensschreie der gemarterten Opfer dringen in seine Wohnung, sie hindern ihn aber nicht, ein ruhiges Leben zu führen und irdischen Genüssen nachzujagen.

Als Gefängnisvorsteher erhält er monatlich 75 Rubel, für jeden Hingerichteten bekommt er eine besondere Entschädigung, obwohl nur eine bescheidene, weil er den Vorsteherposten nur unter der Bedingung erhielt, daß er die Geschäfte des Warschauers Henkers übernimmt.

Sein erstes Debüt mißlang. Er sollte den jungen, neunzehnjährigen Stefan Okscheja erdrosseln.

Das war in Warschau die erste der zahlreich nachfolgenden Hinrichtungen nach einer zwanzigjährigen Pause.

Okscheja wurde wegen Bombenwurfs in die Kanzlei des zwölften Polizeibezirks zum Tode verurteilt. Die Bombe tötete den Revieroorsteher Tschepielew und verwundete schwer die Polizisten Mjetlitzki, Biller und Sarap.

Den Verurteilten verteidigte der geschworne Advokat Patek.

Zweimal versuchten die Genossen des Verurteilten, ihn auf dem Wege zum Gericht den Klauen der zarischen Häscher zu entreißen, aber der Plan mißlang.

Damals war die Hinrichtung noch nicht von solcher Heimlichkeit umgeben, wie bei späteren Fällen. Alle konnten bei der Todesvollstreckung zugegen sein.

Ueber die letzten Minuten Okschejas berichtete ein schlichter Soldat, ein Analphabet, der zum „Schutze" während der Hinrichtung beordert wurde und später eine Anzahl „Politische" in die Verbannung nach Wjatka eskortierte. Diesen Verbannten erzählte er seine Eindrücke während der Hinrichtung Stefan Okschejas, die sein Innerstes erschütterten.

Indem er die Einzelheiten beschrieb, bewunderte er dessen Stolz und Mut im Angesicht des Todes.

Augenscheinlich imponierte dem schlichten Menschen die Ruhe und Entschlossenheit des Verurteilten sowie die von seinem Gesicht strahlende Freude und der Triumph, den Tod für eine hehre Idee erleiden zu können. Nicht wie ein zum Tode Verurteilter benahm er sich, sondern wie ein Sieger!

Die Hinrichtung wurde am frühesten Morgen vollzogen

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170622-13/fragment/page=0006